

# GEGEN NEOLIBERALISMUS UND KRIEG EIN SOLIDARISCHES EUROPA IST MÖGLICH!

Bisherige UnterzeichnerInnen des Projekts „LINKE - Opposition für ein solidarisches Europa. Europäische Linke, KPÖ, Unabhängige“. (Stand, 10. Mai)

John Anyanwu, Wissenschaftler, Nigeria-Wien  
Christian Apl, Kommunikator, Wien  
Tarafa Baghajati, Bauingenieur, Wien  
Ing. Stefan Bartusch, Brandschutztechniker, Wien  
Leonhard Bauer, Univ.-Professor für Nationalökonomie, Wien  
Josef Baum, Alts Stadtrat und Wirtschaftswissenschaftler, Purkersdorf  
Josef Behr, Physiker, Wien  
Eva Brenner, Theaterdirektorin, Wien  
Monika Czarnier, Psychotherapeutin, Linz  
Nicolás Dabelstein, Theatermacher, Wien - Hamburg  
Hermann Dworzak, Sozialwissenschaftler, Wien  
Erich Dittrich, EDV-Betreiber, Wien  
Edith Friedl, Lehrerin, Oberösterreich  
Leo Gabriel, Journalist und Anthropologe, Wien  
Wilfried Hanser-Mantl, Sozialmanager, Innsbruck  
Dr. Thomas Herrmann-Meng, Facharzt für Neurologie, Wien  
Daniela Härtl, Studentin, Wien  
Werner Hörtnner, Journalist, Wien  
Helmut Hosing, Schulfirat, Wien  
Wolfgang Howorka, AHS-Lehrer, Wien  
Heino Fischer, Theatermacher, Wernberg  
Veronika Knapp, Feministische Wissenschaftlerin, Innsbruck  
Hubsi Kramer, Autor, Wien  
Peter Kreisisky, Regionalökonom, Wien  
Wolfgang Krobath, emer. evang. Pfarrer, Villach  
Richard Löwe, Arzt, Wien - Mexiko  
Gösta Maier, Schriftsteller, Kärnten  
Stefan Mackovik, EDV-Softwareentwickler, Wien  
Briht Oyaró, AK-Rätin der Liste BDFA  
Kurt Palm, Regisseur und Autor, Wien  
Matthias Reichl, Friedensarbeiter i.U-r., Bad-Ischl  
Andreas Rennert, Programmierer, Salzburg  
Erwin Riess, Schriftsteller, Wien  
Richard Schadauer, Pensionist, Wien  
Walther Schütz, Erwachsenenbildner, Villach  
Marlene Streeruwitz, Schriftstellerin, Wien  
Lisbeth Nadia Trallori, Feministische Wissenschaftlerin, Wien  
Rudi Seidl, Weinbauer, Pfaffstetten, NÖ  
SOAL (Sozialistische Alternative)  
Helmut Stockhammer, Univ. Prof. Philosophie, Klagenfurt  
Johannes Winkler, Lehrer, Wien  
Judith Wlaschitz, Notariatsangestellte, Korneuburg  
Michaela Wolf, Übersetzungswissenschaftlerin, Graz  
Ing. Ernst Zehnbauer, EDV-Handel, Strasshof, NÖ

**EU-Wahl 2004: Unabhängige begründen, warum es eine Opposition für ein solidarisches Europa bei der EU-Wahl 2004 braucht.**



**LINKE**  
**Opposition für ein solidarisches Europa**  
Europäische Linke, KPÖ und Unabhängige  
[www.linke.cc](http://www.linke.cc)

Liste für die Europawahl

Angesichts der katastrophalen Folgen, die der neoliberale Abbau der sozialer Sicherungssysteme (Schutz gegen Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Verelendung) weltweit, in Europa und in Österreich mit sich bringt,

- in Anbetracht von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und staatlicher Ausgrenzungspolitik,
- weil geschlechtshierarchische Ausbeutung und Diskriminierung unter dem Vorzeichen der neoliberal-kapitalistischen Wirtschaftsordnung weiterhin anwachsen,
- und weil imperialistische Kriege einen Großteil der Menschheit in einen Strudel von Gewalt und Gegengewalt zu stürzen drohen,

halten wir es für erforderlich, gemeinsam mit gleich gesinnten politischen Kräften in ganz Europa einen neuartigen politischen Diskurs zu eröffnen, der die sozialen, politischen, ökonomischen, ökologischen und kulturellen Probleme der Menschen von ihrer Wurzel her thematisiert.

Als einen ersten Schritt wollen wir die bevorstehenden Europaparlamentswahlen nutzen, um in Anbetracht der fortschreitenden Orientierungslosigkeit und Krise der bestehenden politischen Kräfte eine Alternative sichtbar zu machen, die eine grundlegende Veränderung der politischen und sozioökonomischen Rahmenbedingungen in ganz Europa anstrebt. Vor allem wollen wir auf die Forderungen aufmerksam machen, über die in den europa-weiten (nicht nur EUJ) Netzwerken der sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen ein weitgehender Konsens besteht.

Unsere Forderungen gehen weit über die Bestimmungen des so genannten Verfassungsvertrags der Europäischen Union hinaus und stehen in offenem Gegensatz zu den undemokratischen und sozialen Bestimmungen, die von den auf den Binnenmarkt fixierten, neoliberalen Regierungen der Europäischen Union beschlossen werden sollen. So verbietet der Abschnitt über Wettbewerbsregeln etwa, dass Staaten im allgemeinen Interesse öffentliche Unternehmen fördern können, während ausländische ArbeitnehmerInnen ausdrücklich von der Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Union ausgenommen sind (II.25). Andererseits ergibt ein Aufruf zur permanenten Aufzählung aller Mitgliedsstaaten (Art.1.40).

Wir lehnen diesen Verfassungsentwurf ab und fordern eine Volksabstimmung noch bevor dieser in Kraft gesetzt wird.

# FORDERUNGEN FÜR EIN SOLIDARISCHES EUROPA

## 1) Arbeit und Einkommen

Anerkennung einklagbarer sozialer Grundrechte wie des Rechts auf Arbeit und Pension sowie des Rechts auf medizinische Versorgung, (Aus)bildung und Kultur; Festsatzung eines Grundeinkommens (bedarfsorientierte Mindestsicherung) von monatlich 1 000.- € (= 50% des Volkseinkommens per capita); Europaweite Durchsetzung der 30-Stundenwoche (ohne Lohn- und Gehaltsinbußen) sowie allgemeiner sozialer und ökologischer Mindeststandards als Mittel gegen die Arbeitslosigkeit, Flexibilisierung und Prekarisierung von Arbeit; kostenloser Zugang zur Kinderbetreuung; Neudefinition und Neubewertung von Arbeit im Sinne der Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit (etwa: Versorgungsarbeit, kulturelle, solidarische Arbeit); gleichberechtigter Zugang zum Arbeitsmarkt für alle: Frauen, Migrantinnen, Flüchtlinge und AsylwerberInnen;

## 2) Frauenpolitik

Anerkennung der Gleichheit zwischen Frauen und Männern sowie jener Rechte, die sich aus der Unterschiedlichkeit sexueller Orientierung ergeben; Schutz des Rechts der Frauen, frei über ihren Körper zu verfügen, besonders in Hinsicht auf Verhütung und Abtreibung; Schutz gegen jede Form von Gewalt; ganzheitliche, geschlechtersensible Gesundheitspolitik - freier und kostenloser Zugang zu selbstgewählter Gesundheitsvorsorge und -versorgung

## 3) MigrantInnen

Anerkennung gleicher Rechte und Pflichten für alle Menschen, die sich in Europa ständig niedergelassen haben -- unbeschadet ihrer Nationalität; Energisches Auftreten gegenüber fremdenfeindlichen und antisislamischen Kräften sowie Kampf gegen den europaweit anwachsenden Antisemitismus; kritische Auseinandersetzung mit religiösen und säkularen Fundamentalismen;

## 4) Bildung, Kultur und Kommunikation

Freier und kostenloser Zugang zu Bildung; soziale und wirtschaftliche Absicherung der Produktion von Kunst, Kultur und von Kommunikationsnetzwerken, die sich den neoliberalen Zwängen zur Vermarktung entziehen;

## 5) Umwelt

Verteidigung der Lebensgrundlagen gegen ihre irreversible Zerstörung;

Ernährungssicherung und Ernährungssouveränität; Einstellung der Förderung von Atomlobbies aus EU-Mitteln; Förderung erneuerbarer Energien zwecks Umsetzung einer effektiven Klimapolitik und zur Schaffung von Arbeitsplätzen;

## 6) Wirtschafts- und Finanzpolitik

Sofortige Einstellung der Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen, natürlichen Ressourcen und Dienstleistungen, die dem Gemeinwohl und/oder dem Schutz der Umwelt dienen; Reduktion der Mehrwertsteuer unter gleichzeitiger Besteuerung von arbeitsdiskriminierendem Kapital (Wertschöpfungsabgabe) und von Devisentransfers (Tobin-Tax) zur nachhaltigen Finanzierung des Sozialstaates;

## 7) Minderheiten- und Friedenspolitik

Anerkennung des Rechts der Ethnien und kulturellen Minderheiten auf Selbstbestimmung bis hin zur regionalen Autonomie innerhalb der existierenden Nationalstaaten; Verzicht auf militärische Mittel zur Durchsetzung von politischen Zielen in und außerhalb der EU sowie die weltweite Aufhebung aller ausländischen Militärbasen und Einrichtungen zur Produktion von Massenvernichtungswaffen; Anerkennung des Rechts auf Vermittlung im Fall von inneren und äußeren Konflikten; Verwendung der Militärbudgets für friedenserrhaltende Missionen und internationale Entwicklungszusammenarbeit; Verteidigung der Grundrechte gegen den Überwachungsstaat; Aktive Friedenspolitik im Sinne einer Erneuerung der österreichischen Neutralität.

Wir betrachten alle Mittel einer partizipativen Demokratie (öffentliche Kundgebungen, Sozialforen, Volksbegehren, Massenmobilisierungen, Streiks etc.) zur Durchsetzung dieser Forderungen als legitim. Das beinhaltet eine eindeutige Absage an paternalistische Modelle der Vergangenheit wie den so genannten „Realsozialismus“ und ein Mitbestimmungsrecht zivilgesellschaftlicher Assoziationen und Gewerkschaften an den politischen, ökonomischen und kulturellen Entscheidungsprozessen.

Im Hinblick auf diese, in ganz Europa verbreitete Perspektive einer möglichen anderen Welt unterstützen wir die Kandidatur einer „Opposition für ein solidarisches Europa“ (Kurzbezeichnung LINKE) bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 2004.

## GEGEN DIE HERRSCHAFT DER KONZERNE UND FINANZMÄRKTE,

## GEGEN RASSISMUS, SEXISMUS UND KRIEG –

## EIN SOLIDARISCHES EUROPA IST MÖGLICH!